

**Deutschland-Balingen: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen**

OJ S 36/2023 20/02/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

---

**I.1. Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Zollernalbkreis

Postanschrift: Hirschbergstr. 29

Ort: Balingen

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis

Postleitzahl: 72336

Land: Deutschland

E-Mail: [zollernalb-klinikum-brandschutz@menoldbezler.de](mailto:zollernalb-klinikum-brandschutz@menoldbezler.de)**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: <https://www.zollernalbkreis.de>**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZ69TN/documents>Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZ69TN>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer

Partnerschaft mbB

Postanschrift: Stresemannstr. 79

Ort: Stuttgart

NUTS-Code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postleitzahl: 70191

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Dr. Alexander Dörr/ Lena Wende

E-Mail: [zollernalb-klinikum-brandschutz@menoldbezler.de](mailto:zollernalb-klinikum-brandschutz@menoldbezler.de)**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: [www.menoldbezler.de](http://www.menoldbezler.de)**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Einrichtung des öffentlichen Rechts

**I.5. Haupttätigkeit(en)**

Gesundheit

**Abschnitt II: Gegenstand**

---

**II.1. Umfang der Beschaffung**

### **II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Landkreis Zollernalbkreis - Europaweite Vergabe von Planungsleistungen für die Fachplanung Brandschutz für den Neubau des Zollernalb Klinikums im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV  
Referenznummer der Bekanntmachung: 2022/3504

### **II.1.2. CPV-Code Hauptteil**

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

### **II.1.3. Art des Auftrags**

Dienstleistungen

### **II.1.4. Kurze Beschreibung**

Europaweite Vergabe von Planungsleistungen für die Fachplanung Brandschutz für den Neubau des Zollernalb Klinikums im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

### **II.1.5. Geschätzter Gesamtwert**

### **II.1.6. Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

## **II.2. Beschreibung**

### **II.2.3. Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE143 Zollernalbkreis  
Hauptort der Ausführung: Balingen

### **II.2.4. Beschreibung der Beschaffung**

Der Zollernalbkreis als Gesellschafter der Zollernalb Klinikum gGmbH plant die beiden getrennten Klinikstandorte Albstadt und Balingen in einem Zentralklinikum mit 468 Planbetten im Gebiet Firstäcker an der B 463 bei Balingen-Dürrwangen liegend zusammenzuführen. Auf einer Fläche von ca. 9 Hektar wird ein Gesundheitscampus mit ganzheitlichem medizinischem Leistungsspektrum für die Menschen in der Region Zollern-Alb entstehen. Herzstück dieses Campus wird der Neubau des Zollernalb Klinikums, welcher die zentrale Funktion der Gesundheitsversorgung für den Zollernalbkreis übernehmen wird. Das Klinikum verfügt über die wesentlichen medizinischen Fachbereiche mit der Ausstattung für den operativen- und konservativen Bereich, der Notfall- und Intensivmedizin, Mutter-Kind-Zentrum, diagnostischen Verfahren, in sekundären und tertiären Dienstleistungs- und Servicebereichen. Auf dem Gelände werden weitere medizinische Versorgungsbereiche angesiedelt. Die räumliche Standortnähe ermöglicht neue Kooperationen und Synergien, um die Gesundheitsversorgung der Patienten zielgerichtet und wirtschaftlich gewährleisten zu können. Des Weiteren sollen auf dem Gelände die Akademie für Gesundheitsberufe, alle erforderlichen Nebengebäude und ein Betriebskindergarten gebaut werden. Das prognostizierte Investitionsvolumen liegt bei ca. EUR 400 Millionen brutto. Der zu planende Klinikneubau wird voraussichtlich eine Nutzfläche von ca. 29.000 m<sup>2</sup> (Stand 06/2022) umfassen. Außerdem sollen 500 Stellplätze bereitgestellt und ein Hubschrauber-Landeplatz vorgesehen werden. Es ist beabsichtigt, das Projekt mit der Building Information Modeling (BIM)-Methode zu realisieren.

Die Gebäude und die Infrastruktur des gesamten Gesundheitscampus müssen in Bezug auf Nachhaltigkeit, maximale Energieeffizienz, wirtschaftlichen und ökologischen Umgang mit Ressourcen (Baumaterialien, Energieerzeugung, Abfallentsorgung, Betrieb und Instandhaltung etc.) sowie Behaglichkeitskriterien für Patienten und Mitarbeiter im gesamten Planungs- und Bauprozess betrachtet werden. Die Vergabestelle strebt eine Zertifizierung nach DGNB-Standard, LEED, Breeam, Green-Hospital etc. ausdrücklich an; welche der Zertifizierungssysteme zur Anwendung kommen, soll zusammen mit den Projekt-/Planungsbeteiligten im Rahmen der Vorplanung definiert werden.

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens sind Planungsleistungen für die Fachplanung Brandschutz nach AHO Heft Nr. 17 "Leistungen für Brandschutz".

Es ist eine stufenweise Beauftragung der Leistungsphasen 1 bis 5 sowie 8 und 9 beabsichtigt. Ein Anspruch auf Weiterbeauftragung besteht nicht.

- Stufe 1: LP 1 bis 4 AHO Heft Nr. 17
- Stufe 2: LP 5 sowie 8 bis 9 AHO Heft Nr. 17

Für die folgenden Gebäude:

- Klinikums-Hauptgebäude
- Übergangspflege
- Kassenärztliche Notfallpraxis KV
- MVZ Praxen
- MVZ Praxen/Unterst. Maßnahmen
- Energiezentrale

ist die Beauftragung der Stufe 1 (LP 1 bis 4 AHO Heft Nr. 17) vorgesehen sowie optional die weiteren oben genannten Stufe 2.

Die Gebäude

- Strahlentherapie,
- KPP Klinik Psychiatrie/Psychotherapie,
- KJP Kinder-/Jugendpsychiatrie,
- Rettungswache Rotes Kreuz
- Ausbildung/Schule,
- Betriebskindergarten,
- Wohnen Personal
- Hochgarage

sind nicht Gegenstand der Planungsleistungen.

Die weiteren Planungsbeteiligten werden derzeit in separaten VgV-Verfahren ausgewählt.

Nähere Informationen zum Leistungsgegenstand erhalten die im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten Bewerber mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe.

#### **II.2.5. Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

#### **II.2.6. Geschätzter Wert**

#### **II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/03/2023 Ende: 31/12/2031

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

#### **II.2.9.**

## **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 3  
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

Stufe 1:

Zunächst wird geprüft, ob die Teilnahmeanträge den formalen Anforderungen genügen. Unvollständige Teilnahmeanträge, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

Stufe 2:

Anschließend wird beurteilt, ob der Bewerber nach den vorgelegten Angaben und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheint, die verfahrensgegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

Stufe 3:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der Referenzen gem. Ziffer III.1.3 der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringende Leistung besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll.

Für die Auswahl wird jeweils nur die als priorisiert gekennzeichnete Referenz für "Brandschutzplanung Klinikum", die gleichzeitig die Mindestanforderungen erfüllt, bewertet. Hierzu ist die Referenz durch den Bewerber zu priorisieren. Erfolgt, auch nach ggf. erfolgter Nachforderung, keine Priorisierung durch den Bewerber, so wird die Vergabestelle die Referenzen priorisieren und entsprechend in die Wertung einbeziehen.

Die Vorlage von mehr als drei Referenzen ist nicht erwünscht.

Dabei wird die im Teilnahmeformular priorisierte Referenz "Brandschutzplanung Klinikum" wie folgt bewertet:

Kriterium "Erarbeiten eines Evakuierungskonzepts im Rahmen des Referenzprojekts in den Leistungsphasen 2 und 3" - 2 Punkte

Kriterium "Abschluss der Leistungsphase 3 bei einem Referenzprojekt"

Ab dem 1. Januar 2018: 2 Punkte

1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2017: 1 Punkt

Kriterium "Erfahrungen in der Durchführung von Rauch-/ Brand- und Räumungssimulationen im Rahmen eines der eingereichten Referenzen (d. h. nicht zwingend im Rahmen des priorisierten Referenzprojekts) - 2 Punkte

Kriterium "Erfahrungen bei der Erstellung einer gewerkeübergreifenden Brandschutzmatrix im Rahmen eines der eingereichten Referenzen (d. h. nicht zwingend im Rahmen des priorisierten Referenzprojekts) - 2 Punkte

Für den Fall, dass nach der vorstehend beschriebenen Vorgehensweise durch Punktegleichstand die vorgesehene Anzahl der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Bieter überschritten wird, entscheidet ggf. das Los.

### **II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

### **II.2.11. Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

### **II.2.13.**

## **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

### **II.2.14. Zusätzliche Angaben**

## **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

---

### **III.1. Teilnahmebedingungen**

#### **III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Vorbemerkung:

Die Eignung ist für jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen. Ein Bewerber kann sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorlegt wird. Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für dieses Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123, 124 GWB vorzulegen.

Vorstehende Ausführungen gelten für die Nachweise nach III.1.2) und III.1.3) entsprechend.

2. Vorzulegende Nachweise, Erklärungen und Dokumente:

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen in Bezug auf Ausschlussgründe einzureichen:

- (1) Eigenerklärung Russland Sanktionen
- (2) Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe des § 123 GWB nicht vorliegen,
- (3) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB,
- (4) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG),

3. Vorzulegende Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

- (1) Aktueller Auszug der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister.

#### **III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

- (1) Eigenerklärung über den Jahresumsatz in den vergangenen drei abgeschlossenen Geschäftsjahren einschließlich des Jahresumsatzes mit vergleichbaren Leistungen.
- (2) Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. EUR 10.000.000 für Personenschäden sowie EUR 10.000.000 für Sach- und Vermögensschäden bzw. Eigenerklärung, dass im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird.

Hiermit erklären wir, dass eine Haftpflichtversicherung mit folgenden Deckungssummen

- EUR 10.000.000 für Personenschäden
- EUR 10.000.000 für Sach- und Vermögensschäden
- besteht

- im Auftragsfall abgeschlossen wird.

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

Hinweis: Die Bestätigung einer Versicherungsgesellschaft über das Bestehen der Haftpflichtversicherung bzw. über den Abschluss einer Versicherung im Auftragsfall mit den vorgenannten Deckungssummen ist auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen.

### **III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Erklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich sind.

(2) Nachweis der Sachverständigeneigenschaft für Brandschutz bzw. brandschutztechnische Beurteilung des Projektleiters oder des stellvertretenden Projektleiters aufgrund der notwendigen Ausbildung, Sachkunde oder Erfahrung oder sonstiger vergleichbarer Qualifikationen.

(3) Nachweis von Erfahrungen im Bereich Brandschutz bei der Neuerrichtung oder Sanierung von Krankenhäusern. Referenzobjekte müssen hinsichtlich der baulichen und betrieblichen Komplexität und Funktionalität mit dem vergabegegenständlichen Vorhaben vergleichbar sein. Bitte beachten Sie, dass die Nichterfüllung bereits einer der nachfolgenden Mindestreferenzen dazu führt, dass der Teilnahmeantrag insgesamt keine Berücksichtigung findet.

Die Erklärung über Referenzleistungen muss jeweils folgende Angaben enthalten:

- Priorisierung der Referenz,
- Bezeichnung des Auftrags,
- Auftraggeber (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer),
- Zeitraum der Leistungserbringung,
- Angabe zur erbrachten Leistung /Nachhaltigkeit
- Zertifizierungen
- Erbrachte Leistungsphasen nach AHO Heft Nr. 17,
- Gesamtfläche BGF,
- brandschutzrechtliche Besonderheiten
- Qualitätskontrollen auf der Baustelle (z.B. Blower-Door-Test)
- Kurze Projektbeschreibung in Wort und Bild (je Projekt max. 2 DIN A4 Seiten in Form von Text, Fotos oder Skizzen) / Angaben zu BIM.

Die Vorlage von mehr als jeweils drei Referenzen je Mindestreferenz ist nicht erwünscht.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu (3):

Vorlage mindestens einer Referenz über die Erbringung von Leistungen Brandschutzplanung die den Neubau oder die Sanierung eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung mit Herstellkosten von über EUR 80 Mio. umfasst. Es müssen hierbei mindestens die Leistungsphasen 2 und 3 nach AHO Heft Nr. 17 erbracht worden sein.

## **III.2. Bedingungen für den Auftrag**

### **III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags**

Für Bergergemeinschaften gilt:

Es gibt keine Vorgabe hinsichtlich der Rechtsform. Erforderlich ist die Einreichung einer von allen Mitgliedern der Bergergemeinschaft unterzeichneten Erklärung folgenden Inhalts:

- (1) plausible Darstellung der Aufgabenteilung innerhalb der Bergergemeinschaft,
- (2) Benennung des bevollmächtigten Vertreters der Bergergemeinschaft,
- (3) Erklärung, dass dieser Vertreter die Mitglieder der Bergergemeinschaft während des gesamten Verfahrens rechtsverbindlich vertritt,

(4) Erklärung, dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen,

(5) Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

## **Abschnitt IV: Verfahren**

---

### **IV.1. Beschreibung**

#### **IV.1.1. Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

#### **IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

#### **IV.1.4. Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

#### **IV.1.5. Angaben zur Verhandlung**

#### **IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

### **IV.2. Verwaltungsangaben**

#### **IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 21/03/2023 Ortszeit: 12:00

#### **IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

#### **IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können**

Deutsch

## **Abschnitt VI: Weitere Angaben**

---

### **VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

### **VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Aufträge werden elektronisch erteilt

### **VI.3. Zusätzliche Angaben**

Es wird darauf hingewiesen, dass das am 1.7.2013 in Kraft getretene Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch bei dem Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten.

Die Teilnahmeformulare sind unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse abrufbar. Ebenfalls dort abrufbar ist ein Bewerbermemorandum. In diesen Teilnahmeunterlagen sind wesentliche Teile der ausgeschriebenen Leistung sowie der Verfahrensvorgaben bereits dargestellt. Unter der in Ziffer I.3) angegebenen Internetadresse werden auch Antworten auf Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Informationen und Unterlagen zu dem

Verfahren zur Verfügung gestellt. Interessenten an dem Verfahren müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags sowie vor Ablauf der Teilnahmefrist prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZ69TN

#### **VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### **VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: [www.rp.baden-wuerttemberg.de](http://www.rp.baden-wuerttemberg.de)

##### **VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

**VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium

Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: [www.rp.baden-wuerttemberg.de](http://www.rp.baden-wuerttemberg.de)

**VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung**

15/02/2023